7 Thinking Steps zum EU-Vertragspaket

# Step 3: Milliarden für die EU-Bürokratie

***Peter Keller:*** *Frau Martullo, wir reden über das neue EU-Vertragspaket mit der Schweiz. Es umfasst 2'228 Seiten. Das ist nicht alles, es kommen noch einmal über 20'000 Seiten Ausführungsverordnungen, vor allem der EU, dazu. Im heutigen Podcast geht es ums Geld. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist diese Frage entscheidend. Was kostet das Ganze und wer zahlt? Neu verlangt die EU vom Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz einen „regelmässigen" und „fairen" finanziellen Beitrag. Wie hoch ist dieser Beitrag?*

**Magdalena Martullo-Blocher:** All diese Forschungs- und Entwicklungsprogramme werden in Zukunft auf 900 Millionen pro Jahr geschätzt. Das müssen wir auch bezahlen. Der Vertrag selbst kostet noch einmal separat 1,4 Milliarden pro Jahr plus all die Beiträge, die wir zahlen müssen, weil wir überall Einsitz nehmen sein müssen, Systeme haben müssen, die IT-Systeme der EU nutzen müssen, Daten in die Systeme eingeben müssen und so weiter.
Dann gibt es natürlich auch Riesenaufwände beim Bund. Die werden hier total verharmlost. Man spricht mal von einer Handvoll Stellen oder höchstens fünfzehn zusätzlichen Stellen beim Bund. Das hat sich in der Vergangenheit absolut nicht bestätigt. Im Luftverkehrsabkommen haben wir das EU-Recht bereits dynamisch übernommen – zwar ohne Sanktionsmassnahmen – aber wir haben es dennoch übernommen. Man sagte: „Ja, am Anfang wird es einen gewissen Initialaufwand geben, aber dann wird es für alle weniger Aufwand sein." Das hat sich so überhaupt nicht bestätigt. Die Zahl der Bundesbeamten hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht.
Wir haben festgestellt, dass sich die für Schengen-Dublin genannten Beträge inzwischen mehr als verachtfacht haben. Alle Kostenprognosen des Bundes sind also viel zu niedrig: Das Personal, die benötigten IT-Systeme und dann hört die Schätzung auf Bundesebene einfach auf. Es gibt keine wirkliche Schätzung der Belastung für die Kantone, die noch viel Arbeit für die Umsetzung und Kontrolle leisten müssen. Und es gibt auch keine wirkliche Schätzung für die Stellen im privaten Sektor, für die juristische Beratung, die es braucht, um alle diese Gesetzestexte zu analysieren.

Dieser Bereich wird überhaupt nicht abgeschätzt. Es gibt keine Regulierungskostenabschätzung des Bundes in dieser Sache.

***Peter Keller:*** *Wir haben die direkten Kosten für die Schweiz und die indirekten Kosten. Zurück zu den direkten Kosten, zu den sogenannten Kohäsionsmilliarden. Neuerdings spricht man vom „Schweizer Beitrag", klingt sympathisch, oder?*

**Magdalena Martullo-Blocher:** Ja, fast wie freiwillig.

***Peter Keller:*** *Wie der Götti-Batzen, den man bekommt. Der steigt jetzt auf 350 Millionen pro Jahr, für eine bestimmte Frist. Bleibt es bei dieser Höhe? Wer zahlt eigentlich?*

**Magdalena Martullo-Blocher:** Neu ist der Beitrag nicht mehr befristet. Der Kohäsionsbeitrag war bis jetzt befristet, jetzt wird er erhöht und ist unbefristet. Das ist eigentlich noch der kleinere Beitrag. Es gibt zusätzlich einen grossen Migrationsbeitrag und weitere Programmkosten, die sehr hoch sind. Es geht um 900 Millionen. Dazu kommen die sogenannten Agenturkosten – überall dort, wo wir uns beteiligen. Und dort bezahlen wir, weil unsere Wirtschaftsleistung pro Kopf doppelt so hoch ist, auch doppelt so viel an irgendein Budget, das die EU bestimmt.
Man muss sich klar machen: Die EU bestimmt nicht nur die Budgets, an denen wir beteiligt sind. Sie kann neu auch einfach in einen Vertrag schreiben: „Die Schweiz zahlt jetzt 10 Milliarden pro Jahr." Dann müssen wir das übernehmen. Das ist die Integrationsmethode, die automatische Rechtsübernahme. Wenn wir sagen, nein, das zahlen wir nicht, dann gibt es Ausgleichsmassnahmen, die die Schweiz um 10 Milliarden benachteiligen. Hier sieht man deutlich, wie wir überall ausgeliefert sind. Natürlich auch finanziell. Die EU kann diese Beträge festlegen und morgen etwas anderes – und wir werden bezahlen. Es handelt sich um Kosten in Milliardenhöhe, die nur schon der Bund pro Jahr bezahlt. Alle anderen Kosten sind gar nicht berücksichtigt und die werden sicher unterschätzt.

***Peter Keller:*** *Im Vertrag steht, es handle sich um einen „fairen" finanziellen Betrag. Was heisst „fair"?*

**Magdalena Martullo-Blocher:** In Verträgen schreibt man nette Sachen rein, aber niemand glaubt es. Was heisst schon fair? Fair heisst einfach, die EU bestimmt, was die Schweiz bezahlen muss. Das ist dann für uns „fair".

***Peter Keller:*** *Dann sind auf der Warteliste einige neue Länder, die in die EU kommen wollen. Wir sprechen von der Ukraine, Mazedonien, Bosnien, Serbien, Moldawien, Albanien, Kosovo und andere. Potenziell 60 Millionen neue EU-Bürger. Es handelt sich um Länder, die eine Erwartung an die EU haben, vor allem finanziell.*

**Magdalena Martullo-Blocher:** Genau. Es sind Länder, die wir mit den Milliarden aus dem Kohäsionsfonds weiterentwickeln sollen. Die aber dank der Personenfreizügigkeit mit der EU auch leichter in die Schweiz kommen und Zugang zu unseren Sozialsystemen erhalten können. Der Bund beziffert die zusätzlichen Ausgaben, die wir in der Sozialhilfe haben. Das sind direkte Sozialleistungen. Die Kosten bei der Arbeitslosenversicherung bis hin zu den Ergänzungsleistungen für ältere Menschen beziffert der Bund gar nicht. Da macht er die kleinliche Bemerkung: Ja, es wird sicher nicht viel sein. Wir kennen diese Prognosen des Bundes von der Einwanderung. Er verharmlost das unglaublich. Auch hier werden diese Kosten nie aufgeführt.
Der Bund schafft keine Kostentransparenz. Die EU kann täglich etwas ganz anderes in Bezug auf die Kosten beschliessen. Wir müssen das akzeptieren, sonst gibt es Vergeltungsmassnahmen. Die EU kann sagen: Jetzt muss die Schweiz eine Milliarde mehr pro Monat für den Verkehr bezahlen, im Ausgleich für die Einschränkungen beim Schweizer Fernverkehr. Wir müssten das akzeptieren: einen Ausgleich von einer Milliarde pro Monat. Welche Carte blanche oder General-Vollmacht geben wir hier der EU über uns? Das kann doch nicht wahr sein.
Natürlich ist die EU sehr an unserem Geld interessiert. Für sie ist es relativ wenig, weil sie so viele Ausgaben hat, aber sie ist trotzdem interessiert. Sie braucht Geldgeber, denn ihre Geldgeber – vor allem Deutschland – leiden unter der Bürokratie der EU. Sie sind nicht mehr so erfolgreich und zahlen nicht mehr so viel. Die EU sucht verzweifelt nach Geld.
Die EU muss ihr Geld ja von den Mitgliedsländern beschaffen. Sie hat keine eigenen Einnahmen und will politisch tätig sein. Und Gelder verteilen ist immer sehr beliebt. Das kennen wir auch von unseren Politikern. Also suchen sie nach Geldquellen und haben aus diesem Grund überall Zahlungen und Beiträge versteckt. Was ist zum Beispiel mit dem Lebensmittelabkommen? Wenn wir dieses Abkommen kündigen, müssen wir trotzdem weiterhin die Beiträge zahlen. Sogar wenn wir nicht mehr dabei sind oder nicht mehr dabei sein wollen, wird die Zahlung weiterlaufen. Das sind ganz schlecht verhandelte oder gar nicht verhandelte und sehr einseitige Regelungen.

***Peter Keller:*** *Nun ist es so, dass die Befürworter dieser Verträge auch mit den Kosten argumentieren. Sie warnen mit einer Studie, die der Bundesrat in Auftrag gegeben hat. Sie kommt zum Schluss: Wenn wir Nein zu diesen EU-Verträgen sagen, dann würde das jeden Schweizer im Jahr 2'500 Franken kosten.*

**Magdalena Martullo-Blocher:** Nun, auf der Pressekonferenz sagte Bundesrat Cassis, dass Studien immer Studien sind und es kommt darauf an, was man hinterlegt. Der Bund liegt mit seinen Prognosen nie richtig. Denken wir nur an die finanziell völlig falsch kalkulierte AHV oder die Einwanderung.
Sie haben einfach ein Extrem-Szenario gegenübergestellt: So quasi wir haben überhaupt keine Handelsbeziehungen mehr mit der EU. Wir machen

gar nichts mehr, alles bricht zusammen. Das ist nicht realistisch. Warum sollte die EU plötzlich jeglichen Kontakt mit der Schweiz abbrechen? Sie profitiert bereits heute dank Zahlungen von uns. Sie profitiert von der Schweiz im Rahmen des Abkommens über die Personenfreizügigkeit. Bei Forschungsprojekten wollte gerade die europäische Forschung, dass die Schweiz mitmacht, weil wir über die besten Forschungseinrichtungen verfügen. Das musste sie selber eingestehen.
Die bilateralen Abkommen, die wir heute haben, sind nicht gekündigt. Die EU müsste die Verträge kündigen oder sie bricht weiter die Verträge, wie wir das bis jetzt gehabt haben. Sie bricht da und dort die Verträge. Das kann ja sein. Nur wenn wir die neuen Verträge haben, verhängt die EU einfach Strafmassnahmen und bricht die Verträge auch, nur ist sie dann dazu rechtlich legitimiert. Dann sind wir wieder gleich weit.
Wichtig ist: der bürokratische Aufwand wird massiv unterschätzt. Wir haben im Stromvertrag neu eine ElCom-Kompetenz. Sie wird direkt von der EU gesteuert und reguliert den Schweizer Strommarkt. Dafür braucht sie eine unglaubliche Menge an Dokumenten und Informationen. Wir haben eine Swiss-Finish-Regulierung des Bundesrats beim Strommarkt: der jeden Stromvertrag vorschreibt und überprüft. Das ist ein Bürokratie-Aufwand, den jeder in der Schweiz betrifft: den kleinen Strombezüger, den grossen Strombezüger, den Verteiler, die Produzenten.
Bei SwissGrid müssen wir beispielsweise eine Aufspaltung machen zwischen den Stromkonzernen und SwissGrid. Sie dürfen nicht die gleichen Stellen und die gleichen Infrastrukturen haben. Das verursacht zusätzliche Kosten.
Beim Lebensmittelrecht zieht der Bund im Auftrag der EU die Kompetenzen an sich. Er muss neue Lebensmittel-Labore qualifizieren und einrichten, die dann alles kontrollieren, was mit Lebensmitteln zu tun hat. Die Kantone müssen viel mehr Kontrollen durchführen, alles für den Bund dokumentieren und nach Brüssel rapportieren. Das sind alles gigantische Aufwände, die uns hier erwarten. Diese Kosten wurden in keiner Art und Weise abgeschätzt.
Oft steht in der Botschaft an den Bundesrat auch: Ja, das sind dann grössere Aufwände, die können wir noch nicht genau abschätzen. Das würden wir in einem Gesetz in der Schweiz nie zulassen, ohne dass man überhaupt weiss, was die Folgen sind. Aber wir können ja nur die Folgen abschätzen von dem, was wir kennen. Was die EU morgen oder übermorgen erlässt und mit welchen Folgen für die Schweiz, weiss keiner – und die EU erlässt jedes Jahr 150'000 Seiten neue Regulierungen.
Man schaut auch nicht in die Zukunft: Wie entwickelt sich die EU wirtschaftlich im Vergleich zur Schweiz? Müssen wir dann mehr bezahlen, weil wir uns besser entwickeln? Was will die EU noch alles machen mit ihrem Budget, wo wir einfach mitzahlen müssen? Was wird die EU noch erlassen und mit welchem Aufwand? Solche Fragen hat sich der Bundesrat keine Sekunden überlegt, obwohl wir uns hier verpflichten, das gesamte künftige EU-Recht zu übernehmen und zwar bis in alle Zukunft. Das ist unglaublich weitreichend und gravierend. Niemand würde das privat eingehen, irgendeine Wohnung zu mieten, wo der Vermieter einfach den Mietpreis

festlegen kann, morgen so und übermorgen drei Mal so viel. Und man müsste den Mietpreis zahlen oder sonstwo einen Ersatz leisten. Niemand würde so etwas tun. Aber genau das machen wir hier. Das ist der Grundsatz dieses Vertrags.

***Peter Keller:*** *Diese indirekten Kosten werden durch die EU-Bürokratie ausgelöst, die wir übernehmen müssen. Was bedeutet die Umsetzung dieser EU-Regulierung für die Schweiz, für die Kantone, für die Unternehmen?*

**Magdalena Martullo-Blocher:** Letztendlich sind es immer wir Bürger, die dafür bezahlen. Weniger Lohn, weil die Unternehmen mehr Mittel für die Bürokratie aufwenden müssen. Höhere Preise, weil die Unternehmen die Bürokratiekosten auf die Produkte schlagen, zum Beispiel im Lebensmittelbereich. Im Lebensmittelsektor wollten wir die Verordnungen nie übernehmen. Niemals. Wir haben uns immer gegen die EU-Lebensmittelverordnung gewehrt, und jetzt müssen wir sie plötzlich übernehmen. Das betrifft zum Beispiel die Hotels: Sie müssen die Duschen zertifizieren, dass sie Trinkwasser-Qualität haben. Dann wird es einfach teuer. Wenn bestimmte Inhaltsstoffe zur Analyse nach Europa geschickt werden müssen, dann werden halt die Chips, die wir essen, teurer.
Die Auswirkungen sind überall. Und genau das ist das Problem der EU: die Teuerung. Die Menschen in verschiedenen EU-Ländern haben auch deshalb für Regierungswechsel gestimmt, weil sie mit der Teuerung und der Kaufkraft nicht mehr zurechtkommen. Die Bürokratie hat daran einen grossen Anteil.
In der Schweiz kennt man das Instrument der Regulierungskostenfolge-Abschätzung. Dieses ist auch nicht gut, der Bund untertreibt immer. aber er macht es, er muss es zum Teil machen. Beim EU-Vertragspaket wurde diese Regulierungskostenfolge-Abschätzung nicht gemacht: «Wir wissen es nicht. Es ist uns egal.» Vielleicht vor dem Hintergrund, dass die Kosten morgen vielleicht sowieso doppelt oder dreifach so hoch sind wegen der EU-Regulierung. Die EU-Länder sind dieses System eingegangen, setzen aber nicht alle EU-Regulierungen um. Wir würden aber abgestraft, also müssen wir die Regulierungen umsetzen.

***Peter Keller:*** *Frau Martullo, abschliessend in einem Satz. Warum sollen die Schweizerinnen und Schweizer dieses EU-Vertragswerk ablehnen, gerade mit Blick auf die direkten und indirekten Kosten und dem damit verbundenen Bürokratie-Aufwand?*

**Magdalena Martullo-Blocher:** Weil unser Wohlstand extrem sinken würde. Jeder Einzelne hätte weniger im Portemonnaie, könnte sich weniger leisten. Das sehen wir schon in der EU. Wir haben ja heute viel mehr Wohlstand, der wäre dahin. Je nach Regulierung, die noch erlassen wird, werden wir vielleicht sogar einmal noch schlechter dastehen als die EU-Länder und das wollen wir sicher nicht.

***Peter Keller:*** *Frau Martullo, vielen Dank für das Gespräch.*

**Magdalena Martullo-Blocher:** Danke Ihnen.